

ÜWG-Meinhard wirft SPD „arglistige Wählertäuschung“ vor

Ausschluss der Öffentlichkeit einer Ausschusssitzung hatten auch SPD-Parlamentarier zugestimmt

Meinhard – Auf die Anschuldigung des Meinharder SPD-Ortsvereinsmitgliedes Karl Jeanrond, dass in Meinhard unter Regie der CDU und der ÜWG „ohne Not ein Notparlament“ unter der Ausschluss der Öffentlichkeit tage, bezieht die ÜWG Stellung:

„Das ist arglistige Wählertäuschung“, sagte der Fraktionsvorsitzende der ÜWG Meinhard, Rolf Eyrich gegenüber der WR. Zum einen habe der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, der CDU-Fraktionschef Bernhard Mensing, zu der Sitzung am vorigen Donnerstag eingeladen. Dass die Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden soll, habe Mensing allerdings in Abstimmung mit allen Mitgliedern des Ausschusses getan, dem auch drei Parlamentarier der SPD angehören. Ebenso der Vorwurf des Sozialdemokraten, die Gemeinde verstoße gegen geltendes Recht bei ihrer Entscheidung, den Haushalt für 2021 erst in das neu gewählte Parlament einzubringen, sei von den drei SPD-Ausschuss-Mitgliedern einvernehmlich mitgetragen worden.

Bei der strittigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hatten der Vorsitzende Mensing sowie der Parlamentschef Guido Hasecke (derzeit parteiloser Hospitant der CDU-Fraktion), es abgelehnt, Mitglieder des Gemeindevorstandes über eine Video- beziehungsweise Konferenzschaltung an der Sitzung teilnehmen zu lassen. Dabei hatten sich Mensing und Hasecke auf die Hessische Gemeindeordnung bezogen, die generell Videoaufzeichnungen und Livestreams für Sitzungen von Gemeindeparlamenten nicht vorsehe. Die Sitzung am 4. Februar sei die erste nicht öffentliche Sitzung eines Ausschusses in der Gemeinde überhaupt gewesen, sagt Hasecke „Ich persönlich fände es grundsätzlich gut, jede Sitzung per Livestream auf unserer Homepage zu veröffentlichen.“ salz